

Rechnungsprüfung Haushalt 2021

Am 6.10.22 hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Jahresrechnung 2021 der Stadt Bad Ems geprüft.

Wenn ich Ihnen eingangs auch mitteilen kann, dass wir von einem ausgeglichenen Haushalt berichten können, mag das in mancher Kollegen Ohren positiv klingen, es ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Ausblick in die nächsten Jahre alles andere als rosig ist. Die Chefin unserer Finanzabteilung spricht nicht leichtfertig von „dramatisch“. Wir können in den Folgejahren nicht mit einem ausgeglichenen Zahlenwerk rechnen. Soviel zur Euphoriebremse, sofern eine bestanden hat.

2021 konnten wir im Ergebnis mit einem Überschuss von € 812.880.— abschließen. Prognostiziert war ein Fehlbetrag von einer knappen Million. Die Auflösung des Sonderpostens aus 2020 in Höhe von 1.8 Mio, lassen diesen Haushalt in einem günstigen Licht erscheinen und verändert ihn zumindest buchhalterisch. Fragen hierzu kann Frau Meike Ihnen besser als ich, fachkundig darstellen. Auch für 2022 mussten wir wieder einen solchen Sonderposten einstellen, der mit ca. € 20000,-- allerdings wesentlich geringer ausfällt.

Der Überschuss im Ergebnishaushalt resultiert in der Hauptsache aus den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von € 890000,--, bei der Grundsteuer B von 90 000,-- und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um weitere 350000,--. Wir benötigen folglich viele neue gut verdienende Einwohner und deshalb die Erschließung von neuen Baugebieten. Eine Aufgabe, die als vorrangig angesehen werden muss.

1/3 des Gewerbesteueraufkommens geht auf einen einzelnen Einzahler zurück und ist noch nicht abgerechnet, so dass wir noch mit Rückzahlungen gegenüber dessen geleisteten Vorauszahlungen rechnen müssen. Die übrigen 2/3 verteilen sich auf die restlichen Gewerbetreibenden. Das ist m.E. gut, da Mehreinnahmen in der Breite uns nicht so sehr vom Betriebsergebnis eines einzelnen Unternehmens abhängig machen.

An weiteren Einnahmen ist der Ertrag aus dem Spielbankbetrieb zu erwähnen. Die Summe ist hoch, beinhaltet allerdings wieder eine Kompensationszahlung des Landes für Corona bedingte Steuerausfälle. In diesem Jahr sind das € 947000.--. Um diesen Betrag bereinigt, beträgt die Spielbankabgabe etwa 400000.-- wovon 90% aufgrund des

bestehenden Vertrages zum Verlustausgleich direkt an die Staatsbad-GmbH fließen. Die Stadt ist bekanntermaßen mit ca. 12% an ihr beteiligt.

Aus dem Forstbetrieb haben wir € 250000.--erlöst. Dieses Geld haben wir zwar auf dem Konto, aber dafür auch weniger Wald. Leider war das durch den Borkenkäferbefall nicht zu umgehen. Bleiben wird uns nichts davon, denn jetzt muss wiederaufgeforstet werden. Speziell dafür haben wir € 117000, --vom Land erhalten.

Geringe Mehrerlöse können wir bei der Parkraumbewirtschaftung und am Friedhof verzeichnen. Insgesamt ist das noch immer viel zu wenig und die neue Friedhofssatzung ist noch immer nicht gemacht. Insbesondere sind die Pflegezeiten und der Abräumdienst völlig neu zu kalkulieren und umzulegen. Das reklamiere ich seit 2 Jahren.

Bei den Mindereinnahmen ist die fehlende Schlüsselzuweisung A zu nennen. Aufgrund der eigenen Steuerkraftzahl von über 78,5% der durchschnittlichen Steuerkraftzahl haben wir sie in diesem Jahr nicht erhalten.

Beim Tourismusbeitrag, dem früheren Fremdenverkehrsbeitrag, fehlen uns Corona bedingt rund 100000--. Einige Betriebe haben ihre Zahlungen vorübergehend eingestellt bzw. konnten aufgrund der Pandemie nicht abgerechnet werden. Das wird nachgeholt und danach zeitversetzt verbucht.

Ärgerlich sind die jährlichen Ausbuchungen wegen uneinbringlicher Forderungen nach Insolvenzen oder Finanzmangel. Dieses Mal sind es über 50000.-- €. Aus privatrechtlichen Verpflichtungen verzeichnen wir am Jahresende offene Posten in Höhe von € 71000.--

Im Rahmen unserer Kreditverpflichtung sind Zinsen in Höhe von € 143000.-- angefallen. So „preiswert“ werden wir schon bald nicht mehr davonkommen. Die Zinsen steigen wieder. Den Einfluss auf unser Liquiditätskonto werden wir wahrscheinlich schon bald ersehen können.

Im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen, auf gut Deutsch für´s Löcher stopfen, sind Aufwendungen von nahezu € 200000.-- entstanden.

Immens sind die Aufwendungen für unsere Kitas. Allein bei Sachkosten, die wir aus eigenen Mitteln erbringen müssen, fallen über €400000.-- an. Besonders teuer kommt uns das Haus Maria Anna zu stehen, bei dem allein 80000.-- für Miete erbracht werden müssen. Die Zuschüsse im Essensbereich, also bei den Kosten, die über die Beteiligung der Eltern hinausgehen, fehlen rund 20000,- gegenüber dem Ansatz. Hier müssen

die effektiven Kosten aktuell errechnet werden und die Beteiligungen notfalls neu festgesetzt werden.

Kosten für Rechtsberatungen, Verträge und Gutachten und Ähnlichem, schlagen mit ca. 170000.-- zu Buche. Wir haben eben keinen eigenen Juristen an Bord.

Die Kosten im Bereich des Weltkulturerbes liegen bei etwa €10000.--. Hauptsächlich schlägt der Mitgliedsbeitrag für den Zweckverband ins Gewicht. Auch das wird im Nächsten Jahr teurer.

Nach Gegenüberstellung von Ein- und Ausgaben ergibt sich der in der Jahresrechnung erwähnte Überschuss von € 812.881,42. Unser Liquiditätskreditkonto weist, bereinigt um die Investitionskreditaufnahme zum 31.12.21 einen Stand von € 7.118759,-- auf. Die vom Land ins Gespräch gekommene Hilfe aus dem Kommunalen Finanzausgleich bezieht sich im Übrigen nur auf diese Summe.

Im Finanzhaushalt überwiegen die Einzahlungen, so dass wir unsere planmäßigen Verpflichtungen bei der Tilgung erfüllen konnten. Die Verschuldung bei den Investitionskrediten weist am 31.12.21 einen Stand von € 6.718937.-- aus.

Meinen Bericht über die Jahresabschlussrechnung habe ich jedes Jahr mit einem Resümée bzw. mit einem Ausblick beendet. So auch dieses Mal.

Aus einem prognostizierten Fehlbetrag von nahezu 1 Mio hat sich ein Überschuss von knapp 813000.- ergeben. Das ist zunächst erfreulich, rettet uns aber nicht. Unser Eigenkapital wird weiter schrumpfen. Die bilanzielle Überschuldung ist absehbar. Dabei müssten wir dringend investieren. Wir sind Welterbe geworden, wir wollten es, aber jetzt bedeutet es auch Verpflichtung. Zum Erhalt müssen wir wesentlich verstärkte Leistungen erbringen, nicht nur bei der Kontrolle von Baumaßnahmen von der Bevölkerung, nein, auch von uns selbst! Carl Heyer-Promenade und Altes Rathaus stehen lange vorne an, es tut sich zu wenig. Nicht vernachlässigt werden dürfen die Stadtentwicklung, der Straßenausbau die Beachtung der erstellten Verkehrs- und Einzelhandelskonzepte und ein weiterer Kindergarten. Für all das braucht man Geld.

Ohne eine verbesserte Entwicklung auf der Einnahmeseite werden wir aus dem Tal der Tränen nicht herauskommen. Viele Möglichkeiten dazu haben wir nicht, entweder sparen oder Steuererhöhungen. Wo sollen wir noch sparen? Damit sind wir wieder beim Thema. Bei den

Gemeindesteuern haben wir, wie gehört, mit unseren Beschlüssen bereits viel zur Verbesserung der Haushaltssituation beigetragen. Dem Land reicht es nicht. Durch die immer neuen und schon wieder angezogenen Daumenschrauben bei den Nivellierungssätzen sind ihm unsere Erhöhungen bereits wieder nicht mehr ausreichend. Einerseits verspricht die Landesregierung den Kommunen Entlastung und Reduzierung ihrer Schuldenlast, andererseits fordert sie bereits höhere Abgaben ein, ehe diese überhaupt etwas erhalten haben. Wie verrückt ist denn das? Das ist Politik aus Mainz: rechte Tasche, linke Tasche. Es tut sich die Frage auf: „Wie ernsthaft und ehrlich sind diese Hilfsversprechungen überhaupt zu nehmen?“ Die jetzigen Voraussetzungen sind es jedenfalls nicht. Ich komme daher nicht umhin erneut die zu geringe Kostenbeteiligung von Kreis und Land beim Bau von Kindertagesstätten zu monieren. Dieses Landesgesetz hat uns maßgeblich das Dilemma hoher Verschuldung verschafft. Zur Verbesserung der Misere ständig die Bürgerschaft mit höheren Steuern zu belasten, kann nicht das Ziel unserer Politikvorstellung sein.

Ich komme zum Schluss.

Die Prüfung der Jahresabschlussrechnung 2021 ergab keine Beanstandungen und wir werden den Antrag auf Entlastung des BM und seiner Beigeordneten stellen. Für die geleistete Unterstützung bei der Prüfung der Jahresrechnung in seiner Vorbereitung danken wir Frau Meike und ihrem Team.

Bernd Hewel, FWG-Stadtratsmitglied
Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Bad Ems